Niederschrift
über die 11. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13. Dezember 2006

Anwesend:

I. Stimmberechtigte Mitglieder

Mitglieder des Kreistages

1. Paffen, Willi, Heinsberg
- Vorsitzender -
2. Reyans, Norbert, Selfkant
3. Schaaf, Edith, Erkelenz
4. Schiffer, Matthias, Hückelhoven
5. Schlömer, Klara, Wegberg
6. Rode, Friedhelm, Übach-Palenberg
7. Schmitz, Heinz-Wilhelm, Hückelhoven

VertreterInnen von anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe

8. Engels, Willi, Heinsberg (bis 16.45 Uhr)
9. Geiser, Petra, Heinsberg
10. Küppers, Gottfried, Heinsberg
11. Sannig, Jens, Übach-Palenberg
12. Tegtmeier, Andreas, Geilenkirchen

II. Beratende Mitglieder

1. Machat, Liesel
2. Oehlschläger, Hans-Jürgen
3. Dr. Feldhoff, Karl-Heinz
4. Hamann, Herbert
5. Mundorf, Antje

Es fehlten entschuldigt:

1. Beschorner, Ingrid
und ihr Vertreter
Lövenich, Reiner
2. Eidems, Renate
und ihre Vertreterin
Köster-Gendrisch, Ursula
3. Gudat, Helmut
4. Hecker, Hildegard
und ihr Vertreter
Rademachers, Andreas
5. Hermanns, Wolfgang
und sein Vertreter
Heinrichs, Franz
6. Meurer, Dieter
und seine Vertreterin
Sevenich-Mattar, Ulla
7. Schirrmeister-Heinen, Beate
und ihre Vertreterin
Ringing, Marietta
8. Schmid, Jutta
und ihr Vertreter
Imkamp, Rainer

Beginn der Sitzung: 16.00 Uhr

Ende der Sitzung: 16.55 Uhr

Der Jugendhilfeausschuss des Kreises Heinsberg versammelt sich heute zu seiner 11. Sitzung im kleinen Sitzungssaal des Kreishauses Heinsberg.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden. Er eröffnet die Sitzung und stellt die vorliegende Tagesordnung, die ordnungsgemäße Einberufung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass eine Anfrage der SPD-Fraktion rechtzeitig eingegangen ist, und zwar über die Einrichtung eines eigenen Jugendamtes für die Stadt Geilenkirchen. Die Anfrage wird als Tagesordnungspunkt 2 behandelt.

Darüber hinaus bittet der Vorsitzende um Zustimmung für eine Ergänzung der Tagesordnung. Als Tagesordnungspunkt 3 soll das „Regionale Übergangsmanagement für den Kreis Heinsberg – RÜM“ vorgestellt werden. Der Ausschuss ist hiermit einverstanden.

Sodann wird die nachstehende Tagesordnung behandelt.

Tagesordnung:

- Öffentliche Sitzung -

1. Antrag gemäß § 5 der Geschäftsordnung der SPD-Kreistagsfraktion vom 29.11.2006 zur Schulsozialarbeit an den Berufskollegs
2. Anfrage gemäß § 12 der Geschäftsordnung der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.12.2006 Eigenes Jugendamt für die Stadt Geilenkirchen
3. Vorstellung des Projektes „Regionales Übergangsmanagement für den Kreis Heinsberg – RÜM “

Niederschrift über die Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 13.12.2006

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	13. Dezember 2006

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Antrag gemäß § 5 der Geschäftsordnung der SPD-Kreistagsfraktion vom 29.11.2006 zur Schulsozialarbeit an den Berufskollegs

Mit Schreiben vom 30.11.2006 an den Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses beantragt die SPD-Fraktion eine Sitzung des Jugendhilfeausschusses noch vor der Verabschiedung des Haushaltes 2007. Sie begründet diesen Antrag mit der interfraktionell getroffenen Übereinkunft, dass zwischen der Einbringung des Haushaltes und dessen Verabschiedung die Möglichkeit bestehen soll, die entsprechenden Fachausschüsse mit etwaigen Anträgen in Zusammenhang mit dem Haushalt beraten zu lassen. Mit dem o. g. Antrag bittet die SPD-Fraktion den Jugendhilfeausschuss um folgenden Beschluss:

1. Die Schulsozialarbeit an den Berufsbildenden Schulen in Trägerschaft des Kreises wird, den festgestellten Bedarfen folgend, ausgebaut.
2. An den Berufskolleg-Standorten Geilenkirchen und Erkelenz wird unverzüglich jeweils eine Vollzeitkraft für den Bereich der Schulsozialarbeit besetzt.

Der Antrag ist der Einladung beigelegt.

Der Ausschussvorsitzende bittet Herrn Rode, den Antrag nochmals zu erläutern. Herr Rode weist darauf hin, dass der Bedarf sowohl vom Ausschuss als auch von der Verwaltung des Jugendamtes anerkannt wurde. Die seitens des Jugendamtes bereits eingeleiteten Maßnahmen seien zwar hilfreich, jedoch nicht ausreichend. Von daher die erneute Antragstellung.

Der Ausschussvorsitzende erklärt, dass der Antrag in Ziffer 2 klarer formuliert werden müsste und wegen der Möglichkeit einer zukünftigen Landesregelung um eine Ziffer 3 zu ergänzen sei. Herr Paffen erläutert die geplante Landesregelung. Es sei vorgesehen, den Schulen die Möglichkeit einzuräumen, eine Lehrstelle in eine Planstelle für Schulsozialarbeiter umzuwandeln. Herr Schmitz fragt nach, ob dies nicht zu Lasten des Lehrpersonals gehen würde. Frau Schlömer informiert den Ausschuss, dass die Leiter der Berufskollegs die angedachte zukünftige Landesregelung begrüßen und gegen eine Umwandlung keine Bedenken haben.

Frau Machat weist darauf hin, dass Haushaltsmittel für die Aufstockung der jeweiligen Stellen zur Verfügung stehen. Sie erläutert, dass in der letzten Sitzung des Jugendhilfeausschusses erwähnt wurde, dass innerhalb des Jugendamtes eine organisatorische Änderung erfolgte. Vorgesehen war eine Stelle für andere Dienste im Kreisjugendamt einzusetzen. Dies muss vorerst aufgeschoben werden.

Der Ausschussvorsitzende trägt folgenden Beschlussvorschlag vor:

- 1. Die Schulsozialarbeit an den berufsbildenden Schulen in Trägerschaft des Kreises wird, den festgestellten Bedarfen folgend, ausgebaut.**
- 2. An den Berufskolleg-Standorten Erkelenz und Geilenkirchen werden die jeweiligen Stellen von derzeit 0,5 auf 1,0 zum 01.02.2007 aufgestockt.**
- 3. Die Aufstockung der Schulsozialarbeit – wie in Ziffer 1 und 2 beschrieben - gilt bis zu einer anderen Regelung durch das Land Nordrhein-Westfalen.**

Der Ausschuss beschließt einstimmig hierüber.

Niederschrift über die Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 13.12.2006

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	13. Dezember 2006

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 2

**Anfrage gemäß § 12 der Geschäftsordnung der SPD-Kreistagsfraktion vom 07.12.2006
Eigenes Jugendamt für die Stadt Geilenkirchen**

Die Anfrage ist allen Ausschussmitgliedern mit Schreiben vom 08. November 2006 zugesandt worden.

Der Ausschussvorsitzende bittet Herrn Schmitz, den Grund der Anfrage darzustellen. Herr Schmitz erklärt, dass die Überlegungen der Stadt Geilenkirchen, ein eigenes Jugendamt zu bilden, aufgrund der Rechtslage grundsätzlich nicht zu kritisieren ist. Die Anfrage soll jedoch dazu dienen, der Verwaltung des Jugendamtes die Möglichkeit einzuräumen, zu den Presseveröffentlichungen Stellung zu nehmen.

Herr Oehlschläger beantwortet die Anfrage.

Die Stellungnahme der Verwaltung des Kreisjugendamtes ist der Niederschrift als Anlage 1 zu Tagesordnungspunkt 2 beigelegt.

Anlage 1 zu Tagesordnungspunkt 2

Anfrage gemäß § 12 Geschäftsordnung der SPD-Fraktion vom 07.12.2006

hier: Eigenes Jugendamt für die Stadt Geilenkirchen

I. Vorbemerkung

Nach Kenntnis der Verwaltung des Jugendamtes ist Grundlage der Presseveröffentlichung eine interne Verwaltungsvorlage der Stadt Geilenkirchen, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Die in der Verwaltungsvorlage gemachten Aussagen sind - wie unten noch im Einzelnen dargelegt - nicht nachvollziehbar und wurden in dieser Deutlichkeit nie gegenüber dem Kreisjugendamt vorgetragen.

II. Antwort der Verwaltung des Kreisjugendamtes zu den einzelnen Fragen

Zu Frage 1:

In der Stadt Geilenkirchen bestehen zwei offene Einrichtungen der Jugendhilfe, und zwar in Trägerschaft der katholischen und evangelischen Kirche. Dort werden Angebote für die Jugendlichen bereitgehalten. Der Jugendhilfeausschuss hat beschlossen, die Struktur der offenen Jugendeinrichtungen dahingehend zu ändern, dass eine Abkehr von der Komm- zur Geh-Struktur durchgeführt wird. Seitens der Verwaltung des Jugendamtes wurde dies den Trägern mitgeteilt. Die Träger sind hierzu auch bereit; jedoch nur dann, wenn eine Planungssicherheit seitens des Kreisjugendamtes gewährleistet wird. Diese Planungssicherheit wird darin gesehen, dass die Personalkosten zu 100 % (wegen zurückgehender Kirchensteuermittel) übernommen werden. Seitens der Verwaltung wurde vorgetragen, dass man dies dem Jugendhilfeausschuss vorschlagen werde, wenn durch Leistungsbeschreibung ein dem Sozialraum angepasstes Angebot dargestellt wird. In dieser Umsetzungsphase befindet sich das Kreisjugendamt. Die Leistungsbeschreibungen auch für den Raum Geilenkirchen sind mittlerweile fertiggestellt. Hierüber soll diskutiert werden. Vorgesehen ist, die neuen Angebotsstrukturen in den für das 1. Halbjahr 2007 zu erstellenden Kinder- und Jugendförderplan einzubauen.

Auch im Bereich der offenen Jugendarbeit gilt der Grundsatz der Subsidiarität. Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe soll den freien Trägern der Jugendhilfe den Vorrang einräumen, soweit diese bereit und in der Lage sind, Angebote zu unterbreiten. Von daher wurde auf ein eigenes Angebot verzichtet.

Über die vorgesehenen Veränderungen wurden die Vertreter der zum Kreisjugendamtsbezirk gehörenden Kommunen in einer Besprechung im Februar 2006 informiert (siehe auch Frage 8).

Zu Fragen 2 und 3:

Die Fragen stehen in einem engen sachlichen Zusammenhang und werden gemeinsam beantwortet.

Die Aussagen der Stadt Geilenkirchen sind nicht nachvollziehbar. Es ist nicht zutreffend, dass eine effiziente Jugendarbeit von den kreisangehörigen Kommunen selbst organisiert werden soll und dies noch zu eigenen Lasten. Offene Jugendarbeit und Jugendschutz sind hier in einem Zusammenhang zu sehen. Jugendschutz ist auch eine ordnungsbehördliche Maßnahme und ist von den kreisangehörigen Kommunen in eigener Verantwortung durchzuführen. Sicherlich ist hier jedoch der Jugendhilfeträger zu beteiligen. Dies geschieht auch. Bei allen jugendpflegerischen und jugendschutzrechtlichen Fragen wird der Kreisjugendpfleger mit eingebunden.

In der Vergangenheit sind verschiedene Maßnahmen gemeinsam mit Stadt, Polizei und Jugendpfleger durchgeführt worden.

Eine Kausalität dahingehend herzustellen, dass eine effiziente Jugendarbeit Jugendkriminalität vermeiden kann, ist äußerst schwierig. Jugendarbeit ist jedoch sicherlich eine wichtige präventive Maßnahme.

Das Kreisjugendamt hält im Rahmen der Jugendgerichtshilfe ein breites Angebot vor. Folgende Maßnahmen werden angeboten:

1. Anti-Gewalt-Training	6. Eigentumsinformationsseminare (z. B. bei Diebstählen)
2. Sozialer Trainingskurs	7. Verkehrsunterricht
3. Drogenseminar	8. Verkehrssicherheitstraining
4. Betreuungsweisungen	
5. Täter-Opfer-Ausgleich	

Sinn dieser Maßnahmen ist es, jugendlichen Straftätern ihre Handlungsweise zu verdeutlichen und sie vor weiteren Straftaten zu bewahren.

Zu Frage 4:

Es ist nicht richtig, dass die in Geilenkirchen tätigen Bezirkssozialarbeiter weitgehend unkoordiniert und unkontrolliert über Einzelmaßnahmen wie Heimunterbringung, die bis zu 5.000,00 Euro im Monat kosten können, entscheiden. Diese Aussage wurde auch gegenüber der Stadtverwaltung Geilenkirchen zurückgewiesen. Richtig ist, dass im Kreisjugendamt ein abgestimmtes Hilfeplanverfahren existiert. Die Sachgebietsleitung ist verbindlich in Hilfeplanprozesse einzubinden. Eine Erklärung für diese Aussage der Stadt Geilenkirchen kann nicht gegeben werden.

Zu Frage 5:

Die Aussage der Stadt Geilenkirchen, angesichts der langen Kommunikations- und Entscheidungswege können nicht alle Möglichkeiten genutzt werden, die sozialen Dienste zeitnah an die jeweiligen Besonderheiten der betreuten Sozialräume anzupassen, ist ebenfalls nicht nachvollziehbar. Im Jahr 2002 erfolgte die Dezentralisierung des Allgemeinen Sozialen Dienstes. Ziel dieser Dezentralisierung ist es, dass die Bezirkssozialarbeiter vor Ort präsent sind, um auf Besonderheiten schneller reagieren zu können. Neben der Sachgebietsleitung ist für die Städte Übach-Palenberg und Geilenkirchen eine Arbeitsgruppenleitung eingerichtet, die die Arbeit der Sozialarbeiter in der Stadt Geilenkirchen und in der Stadt Übach-Palenberg koordiniert.

Die Dezentralisierung wurde von allen Städten und Gemeinden als richtige Maßnahme begrüßt. Die Stadt Geilenkirchen hat die Arbeit des sozialen Dienstes bisher nicht kritisiert.

Zu Frage 6:

Ob für die von der Stadt Geilenkirchen formulierten Ziele mehr sozialpädagogisches Fachpersonal benötigt wird, kann nicht beantwortet werden. Nach Ansicht des Kreisjugendamtes ist vielmehr eine Koordination aller im Sozialraum tätigen Institutionen wichtig. Dies ist auch in Geilenkirchen sichergestellt. Hier sind insbesondere die Erziehungsberatungsstelle in Trägerschaft des Caritasverbandes, die Jugendwerkstatt mit Schulwerkstatt, die Kindergärten und Schulen und die vor Ort bestehenden Jugendeinrichtungen zu nennen.

Zu Frage 7:

Neben den drei Bezirkssozialarbeitern ist für die Stadt Geilenkirchen ein Sozialarbeiter der Jugendgerichtshilfe mit 0,5 Stellenumfang tätig. Darüber hinaus ist für die Städte Übach-Palenberg und Geilenkirchen ein Fachdienst (Pflegekinderdienst) mit einem Stellenumfang von 0,5 eingesetzt. Administratives Fachpersonal für Geilenkirchen wird nicht gesondert vorgehalten. Die folgenden Fachbereiche

Wirtschaftliche Jugendhilfe	5,5 Stellen
Unterhaltungsvorschusskasse	2,9 Stellen
Kindergarten	3,4 Stellen
Beistandschaft/Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft	6,0 Stellen.

sind für alle 7 Kommunen des Kreisjugendamtes tätig. Auf die Stadt Geilenkirchen entfallen etwa 25 bis 27 % der Fälle.

Zu Frage 8:

Die von der Stadt Geilenkirchen geschilderten Defizite sind seitens der Stadt Geilenkirchen nie zum Gegenstand von Erörterungsgesprächen gemacht worden. Nur andeutungsweise wurde erwähnt, dass aus der Politik hier und da Anmerkungen zu einer defizitären Jugendarbeit gemacht würden. Bisher sind diese nicht substantiiert worden, auch nicht in einem kürzlich geführten Gespräch mit dem Bürgermeister. Im Februar 2006 wurden Vertreter aller 7 zum Jugendamtsbezirk gehörenden Kommunen zu einer Besprechung eingeladen. Tagesordnungspunkte dieser Besprechung waren:

1. Jugendhilfeplanung
2. Entwicklungen im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder
3. Offene Jugendarbeit.

In diesem Gespräch ist vom Vertreter der Stadt Geilenkirchen kein Defizit hinsichtlich der offenen Jugendarbeit deutlich gemacht worden. Die unter Frage 1 genannten Maßnahmen wurden begrüßt

Zu Frage 9:

Es sollen insgesamt 15 Stellen für Verwaltungsmitarbeiter und sozialpädagogische Fachkräfte geschaffen werden. Da nähere Angaben fehlen, ist eine genaue Bezifferung der Personal- und Sachkosten nicht möglich.

Die anteiligen Personal- und Sachkosten in der Jugendamtsumlage 2005 betragen 607.610,00 Euro.

Die Stadt Geilenkirchen geht jedoch anfänglich von höheren Kosten aus. Die Stadt rechnet mit Kosten von 3.882.000,00 Euro. Die Jugendamtsumlage an den Kreis betrug 2005 3.628.218,00 Euro. Die tatsächlichen Kosten für Geilenkirchen beliefen sich 2005 auf 4.430.587,00 Euro.

Niederschrift über die Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 13.12.2006

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Jugendhilfeausschuss	13. Dezember 2006

Öffentliche Sitzung

Tagesordnungspunkt 3

Vorstellung des Projektes „Regionales Übergangsmanagement für den Kreis Heinsberg – RÜM -“

Der Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Schieren, Teamleiterin des Projektes und bittet sie, das Regionale Übergangsmanagement vorzustellen. Frau Schieren bedankt sich für die Möglichkeit, das Projekt vorzustellen und beantwortet anschließend Fragen der Ausschussmitglieder.

Danach schließt der Ausschussvorsitzende die Sitzung und bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die im abgelaufenen Jahr geleistete Arbeit.

Heinsberg, 18.12.2006

Paffen
Vorsitzender

Oehlschläger
Schriftführer